

THELENS TAGEBUCH

90 Jahre ist es her, da wurde im Savoy Plaza in New York der Öffentlichkeit eine schwarze Scheibe vorgestellt, die man auf den Teller einer Apparatur legen konnte und die sich, nachdem man die Apparatur in Gang gesetzt hatte, 33 1/3 Mal pro Minute drehte. Die Scheibe, in deren Zentrum sich ein kleines Loch befand, wurde als „long playing record“ oder in der deutschen Übersetzung als Langspielplatte bezeichnet. Schnell bürgerte sich die Abkürzung LP ein. Auf dem Speicher müssen noch ganze Kisten voll mit LPs stehen. Irgendwann hatte man sie ziemlich respektlos abgeschoben. Die Opfer neuer Technologien. Damals hörte man die Platten noch als Gesamtkunstwerke in voller Länge. Heute zappt man sich digital von Song zu Song. Ziemlich wahllos. Früher war doch manches besser.



Das Erkundungsbergwerk Gorleben wird endgültig stillgelegt. Einen entsprechenden Auftrag hat das Bundesumweltministerium der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) erteilt. „Das Kapitel Endlager Gorleben wird ab dem heutigen Tag geschlossen“, sagte Umweltstaatssekretär **Jochen Flasbarth** (Foto: dpa) am Freitag in Gorleben. Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) sagte: „Ab heute gibt es keine Hintertür mehr.“ Das Thema Endlager Gorleben sei endgültig beendet. Im September 2020 hatte die BGE mitgeteilt, dass große Teile Deutschlands für ein Atomendlager nach geologischen Kriterien grundsätzlich geeignet sind; der lange heftig umkämpfte Salzstock Gorleben im Wendland aber ist nicht darunter. Als Grund wurden geologische Mängel genannt. „Alle Fakten liegen auf dem Tisch. Die Entscheidung ist getroffen“, sagte Flasbarth. In die Erkundung Gorlebens wurden bisher 1,9 Milliarden Euro investiert. In den 1970er Jahren hatte die Politik die Entscheidung getroffen, im Salzstock Gorleben ein Endlager einzurichten; jahrzehntelange Proteste folgten. (dpa)

„Das Kapitel Endlager Gorleben wird ab dem heutigen Tag geschlossen“, sagte Umweltstaatssekretär **Jochen Flasbarth** (Foto: dpa) am Freitag in Gorleben. Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) sagte: „Ab heute gibt es keine Hintertür mehr.“ Das Thema Endlager Gorleben sei endgültig beendet. Im September 2020 hatte die BGE mitgeteilt, dass große Teile Deutschlands für ein Atomendlager nach geologischen Kriterien grundsätzlich geeignet sind; der lange heftig umkämpfte Salzstock Gorleben im Wendland aber ist nicht darunter. Als Grund wurden geologische Mängel genannt. „Alle Fakten liegen auf dem Tisch. Die Entscheidung ist getroffen“, sagte Flasbarth. In die Erkundung Gorlebens wurden bisher 1,9 Milliarden Euro investiert. In den 1970er Jahren hatte die Politik die Entscheidung getroffen, im Salzstock Gorleben ein Endlager einzurichten; jahrzehntelange Proteste folgten. (dpa)

KONTAKT

Politikredaktion

0241 5101-393
Mo. - Fr. 10-18 Uhr
politik@medienhausaaachen.de

IMPRESSUM

Aachener Nachrichten

Stolberger Nachrichten, Eschweiler Nachrichten, Dürener Nachrichten, Heinsberger Nachrichten, Jülicher Nachrichten, Eifeler Nachrichten
Herausgeber: Aachener Nachrichten Verlagsgesellschaft mbH
Chefredakteur: Thomas Thelen (verantwortlich), stellvertretender Chefredakteur: Amien Idries, Chefin vom Dienst: Anja Clemens-Smicek.
Verlag: Medienhaus Aachen GmbH
Geschäftsführung: Andreas Müller
Postanschrift: Postfach 500 110, 52085 Aachen, Dresdener Straße 3, 52068 Aachen.
Anzeigen: Jürgen Carduck
Druck: Euregio Druck GmbH, Dresdener Straße 3, 52068 Aachen.

Bei Nichtlieferung der Zeitung ohne Verschulden des Verlages, im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Entschädigung. - Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2021.
Die Kündigungsfristen für den Bezug der Zeitung richten sich nach dem jeweiligen Abonnementvertrag.
Im Abonnements- und Einzelverkaufspreis sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.

Für die Herstellung der Aachener Nachrichten und ihrer Bezugsangaben wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Ein Produkt aus dem
MEDIENHAUS AACHEN



Und wer liegt gerade mal wieder vorne? Die Demoskopien geben Antworten für den Tag ihrer Umfrage, nicht für den 26. September.

FOTO: DPA

Demoskopien sagen nichts vorher

Sie messen Stimmungen. Mit welcher Präzision sie das tun, ist umstritten. Was ist heutzutage schon repräsentativ?

VON HERMANN-JOSEF DELONGE

AACHEN. Wer vor einer Wahl den politischen Puls der Bevölkerung messen will, setzt auf Umfragen. Fieberkurven und Säulen zeigen, wer sich Hoffnungen machen kann und wer eher nicht. Auch vor dem 26. September vergeht keine Woche ohne Umfrage. Wie aussagekräftig sind die eigentlich? Sind sie schlechter und unzuverlässiger geworden, wie oft behauptet wird?

Grundsätzlich gilt: Es gibt Umfragen, weil sie in erster Linie von Medien in Auftrag gegeben werden, die dann über die Ergebnisse und Zahlen berichten. Die beauftragten Meinungsforschungsinstitute sind Privatunternehmen, die Geld verdienen wollen. Das ist nicht anrüchig, kann aber für das Design der Umfrage eine Rolle spielen – je geringer der Aufwand, desto höher der Erlös. In Deutschland sind vor allem die Institute Allensbach, Forschungsgruppe Wahlen, Forsa, Infratest dimap, Kantar (Emnid), Insa, Yougov und Civey präsent. Bedarf besteht auf jeden Fall: Untersuchungen haben ergeben, dass sich in den letzten Wochen vor einer Wahl rund 70 Prozent der Wahlberechtigten für solche Umfragen interessieren und die Ergebnisse wahrnehmen.

Was das Ergebnis verzerrt

Die Institute erheben ihre Daten unterschiedlich. Die meisten stellen ihre Fragen per Telefon – über Festnetz und/oder über Handy. Die Nummern werden zufällig ausgesucht. Allensbach ist das einzige Institut, das seine Daten ausschließlich in persönlichen Befragungen erhebt. Die Personen werden dabei zufällig ausgewählt. Diese Art der Befragung war lange Zeit die einzige Methode, die erlaubt war. Das hat sich in den 80er Jahren verändert. Damals wurden Telefonumfragen immer beliebter – vor allem aus Zeit- und Kostengründen.

Seit einigen Jahren gibt es immer

häufiger Onlinebefragungen; sie sind noch einmal kostengünstiger. Manchmal werden sie mit Telefonumfragen kombiniert, manchmal – wie bei Yougov und Civey – sind sie die alleinige Methode. Manchmal müssen sich die Nutzer registrieren und einige Angaben machen, bevor sie teilnehmen können, manchmal werden nur Antworten von Nutzern berücksichtigt, die später verifiziert wurden.

Jede Methode hat ihre Vorteile, aber auch ihre Nachteile, die das Ergebnis unter Umständen verzerren können. So setzen Onlinebefragungen ein proaktives Handeln der Teilnehmer voraus, was einen Großteil der Wahlberechtigten ausschließt. Bei persönlichen Befragungen besteht die Gefahr, dass die Befragten gemäß „sozialer Erwünschtheit“ antworten; bei Telefonumfragen über das Handy lässt sich nicht feststellen, in welcher Region die Befragten wohnen. Das alles kann dazu führen, dass nicht der Durchschnitt der Wähler abgebildet werden kann. Dabei ist das das Ziel der Wahlumfragen: einen möglichst repräsentativen Eindruck von der Stimmungslage im Land zu ermitteln.

Was die Kosten treibt

Typischerweise werden bei den Umfragen 1000 bis 2000 Teilnehmer einbezogen, die zufällig ausgewählt werden. Damit wird sichergestellt, dass jede Person in Deutschland, die wahlberechtigt ist, theoretisch in die Umfrage gelangen kann. Die ermittelten Daten und Ergebnisse müssen dann gewichtet werden. Bedeutet: Sie werden so „bearbeitet“, dass sie als repräsentativ angesehen werden können. Unterrepräsentierte Gruppen werden dabei zum Beispiel stärker gewichtet. Nach welchen Kriterien dies im Detail geschieht, bleibt das Geheimnis der Institute. Das ist wissenschaftlich nicht verwerflich, aber in Teilen fragwürdig. Oft funktioniert es. Klassische repräsentative Umfragen sind fast unmöglich ge-

worden. Denn die Bereitschaft der Menschen, daran teilzunehmen, ist in den vergangenen Jahren immer mehr gesunken. Die Institute müssten einen entsprechend immens hohen Aufwand betreiben, um genügend Teilnehmer für eine repräsentative Umfrage zu rekrutieren. Das treibt die Kosten in die Höhe.

Umfragen sind niemals Prognosen, sondern zeigen immer nur die Stimmungslage zum Zeitpunkt der jeweiligen Erhebung auf. Sie sind Momentaufnahmen – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Eine Fehlertoleranz von plus/minus zwei bis drei Prozentpunkten ist völlig nor-



mal und muss immer eingepreist werden. Die Meinungsforschungsinstitute selbst werden nicht müde, dies immer wieder zu betonen. Das hängt auch damit zusammen, dass ihr Metier in den vergangenen Jahren mehr und mehr ins Schussfeld der Kritik geraten ist. Dabei sind sie besser als ihr Ruf. Die Plattform dumw.de gleicht regelmäßig die Umfragen ausgewählter Institute mit den tatsächlichen Wahlergebnissen ab. Ergebnis: Seit 2016 wichen die Umfragen im Schnitt gerade mal um 1,45 Prozentpunkte vom Ergebnis ab.

Bei manchen Wahlen lagen wichtige Umfragen jedoch tatsächlich spektakulär daneben, besonders prominent beim Brexit-Referendum und bei der Wahl von Donald Trump. Doch auch bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Juni wurde von einzelnen Instituten ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und AfD vorausgesagt, der CDU wurde ein Ergebnis von maximal 30 Prozent prognostiziert. Am Ende lag die Partei knapp 17 Prozentpunkte vor der AfD.

Die Erklärung dafür führt zu einem weiteren wesentlichen Punkt, der das Geschäft der Demoskopien erschwert: Die Bindung großer Teile der Wählerschaft an bestimmte Parteien ist in den vergangenen Jahrzehnten generell geschwunden. „Das liegt vor allem auch daran, dass wir heute in einer pragmatischeren und weniger ideologischen Zeit leben. Für viele Menschen sind heutzutage mehr Parteien als früher wählbar“, sagt Matthias Jung, Chef der Forschungsgruppe Wahlen. Der auch kurzfristige Wechsel von einer Partei zu anderen sei für immer mehr Wähler denkbar. Deshalb seien nicht nur größere Veränderungen der Wahlergebnisse von Wahl zu Wahl möglich, sondern auch innerhalb der Wochen vor einer Wahl bis hin zum Wahltag. „Die Wahlentscheidung fällt inzwischen immer später und immer zeitnäher zum wirklichen Wahltag“, sagt Jung.

Was in Sachsen-Anhalt geschah

Ähnlich sieht es Professor Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München. „Die deutlich nachgelassene Bindung an Parteien betrifft die Bindewirkung aller Institutionen – auch etwa der Kirchen und Gewerkschaften“, sagt er. Wahlen seien nicht mehr so geprägt von Blöcken von Stammwählern, wie dies in früheren Jahrzehnten der Fall war. Das wirke sich auf Umfragen aus. „Sie sind unpräziser geworden. Das hängt an der höheren Beweglichkeit der Stimmungsmilieus“, meint er.

Der Politikwissenschaftler nennt ein Beispiel. „1969 wurde mit Willy Brandt erstmals im Nachkriegsdeutschland ein SPD-Kanzler gewählt. Beobachter sprachen von einer geradezu historischen Veränderung der Stimmergebnisse. In Wirklichkeit hatte die SPD damals 3,4 Prozentpunkte gewonnen und die Union 1,5 Prozentpunkte verloren.“ Zum Vergleich nehme man

die Bundestagswahl 2017. „Da verlor die Union 8,6 Prozentpunkte und die SPD 5,2. Allgemein wurde dies als Routineergebnis verstanden, obwohl es deutlich größere Wählerbewegungen gegeben hatte.“

Liegen Umfragen also heute häufiger daneben? Eine Analyse von Zeit online zeigt, dass die Abweichung der Umfragen vom tatsächlichen Ergebnis in den vergangenen zehn Jahren um 0,41 Prozentpunkte zugenommen hat. Der Organisationssoziologe Marcel Schütz, der an den Universitäten Bielefeld und Oldenburg lehrt, rät dazu, dabei immer die näheren Umstände zu betrachten. „Bei der Sachsen-Anhalt-Wahl gab es einen Mobilisierungseffekt, der nur ungenau in den Prognosen erfasst wurde.“ Dass einige Medien Umfragen sehr pointiert interpretieren und für eine knallige Schlagzeile schon mal „vergessen“, den Kontext und die Details zu erläutern, soll hier nicht verschwiegen werden.

Was über Koalitionen entscheidet

Schütz sieht die Zunahme von Umfragen eher skeptisch. „Es gibt Vorteile und Nachteile zugleich. Durch immer mehr Umfragen, die fast täglich in Umlauf kommen, werden die Wähler regelrecht konditioniert in ihrem Stimmungsbild“, meint er. Dies könne zu taktischen Wahlentscheidungen führen, wovon vor allem Parteien mit den höchsten Prozenten profitieren könnten. „Umgekehrt wird es für Institute schwieriger, wenn die Abstände der Parteien schrumpfen.“ Wenn Parteien nahe beieinander lägen, könnten schon zwei, drei Prozentpunkte über Koalition und Kanzler entscheiden. Dies entspricht der normalen Fehlertoleranz jeder Umfrage. „Wenige Punkte rauf oder runter bei einer Wahl danach liegen also im normalen Bereich“, sagt Schütz.

Betracht man vor diesem Hintergrund die aktuellen Umfragen, wird vor allem eines deutlich: Diese Wahl wird extrem spannend.

Wechselstimmung und Wechselbäder

Aus den letzten Umfragen vor der Wahl saugt sich jede Partei das, was sie für den Enspurt braucht.

VON MARTIN KESSLER

DÜSSELDORF Es liegt ein Hauch von Wechselstimmung über dem Land. Denn nach vielen Wochen des Auf und Ab bei Umfragen hat sich seit Anfang September eine gewisse Stabilität eingestellt. Die SPD liegt nach den Zahlen des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen schon in der dritten Umfrage seit dem 3. September mit 25 Prozent in Führung, die Union kommt nicht über 22 Prozent hinaus. Die Grünen schwanken zwischen 17 und 16 Prozent, FDP und AfD liegen konstant bei elf, die

Linke steht zwischen sieben und sechs Prozent.

Doch entschieden ist die Wahl noch nicht. Laut dem Institut für Demoskopie in Allensbach wissen 41 Prozent noch nicht endgültig, wen sie wählen sollen. Das jüngste Politbarometer schätzt die Zahl der Unentschiedenen auf 38 Prozent. Das spiegelt sich mit der Erwartung der Stimmberechtigten im Hinblick auf den Ausgang des Wahl. Denn in diesem Jahr ist im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 alles anders. Eine Woche vor dem Urnengang meinen nur 17 Prozent, dass Sieger und Ver-

lierer schon jetzt feststehen. Vor vier Jahren war es zur gleichen Zeit schon 57 Prozent der Befragten klar, wer das Rennen macht. Allerdings fiel das Ergebnis für CDU/CSU am 24. September 2017 mit 32,9 Prozent doch etwas schwächer aus, als die letzte Politbarometer-Umfrage mit 36 Prozent ergab.

Nun erwarten indes 58 Prozent einen Sieg der SPD unter ihrem Spitzenkandidaten Olaf Scholz. Dem haben zwar die jüngsten Razzien und der Umgang mit verschiedenen Finanzskandalen etwas zugezogen. Aber beim Schlusspurt liegt

Scholz in Führung. Dagegen erlebten Unions-Spitzenkandidat Armin Laschet und die Grünen-Bewerberin Annalena Baerbock ein Wechselbad der Gefühle. Anfang Mai lagen die Grünen mit 26 Prozent klar vorne, Mitte Juli kam die Union auf 30 Prozent. Jetzt sind beide Parteien abgeschlagen, wenn auch nach anderen Umfragen Laschet und sein Team wieder aufholen. Noch nie lag die CDU/CSU bei Bundestagswahlen unter 30 Prozent. Wenn seine Partei jetzt bei 27 oder 28 Prozent landen sollte, würde Laschet wohl Bundeskanzler werden.



Mal sehen, was draus wird: Annalena Baerbock und Armin Laschet im Wahlkampf. FOTO: DPA